

DER SCHOCK

Was nach der Wende kam

Während die Montagsdemos in Leipzig über das Datum der Grenzöffnung vom 9. November 1989 hinweg anhielten, waren sie spätestens ab 1990 von einer deutlichen Trendwende in den Losungen und Forderungen bestimmt. Leipzig wurde zur Hochburg der deutsch-nationalen Demonstrationen.

Was damals noch kein schlüssiges Bild ergab, ist inzwischen als Wahlkampf des Bonner Kabinetts in der DDR belegt – vom Historiker Michael Richter als »Wende in der Wende« bezeichnet. Ziel dieses Wahlkampfes waren aber, zunächst einmal, nicht Wahlen in der BRD, sondern eine Wahl im Ausland: die angekündigte erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR im März 1990. Die Demonstrationen mit den Losungen »Deutschland, einig Vaterland« gab es sicher auch in Plauen, Gera, Jena, Cottbus oder Suhl, jedoch wurden sie für die neuere deutsche Geschichtsschreibung in Leipzig federführend. Fortan ging es nicht mehr um eine Demokratisierung im eigenen Land, sondern um einen schnellen territorialen Anschluss der DDR an die BRD und einen noch schnelleren Währungsanschluss an die D-Mark. Und ausgerechnet Leipzig spielte im Wahlkampf des Bonner Kabinetts in der DDR eine Schlüsselrolle.

SCHMUTZIGE WAHL

Was Egon Bahr, der langjährige Berater Willy Brandts, als die »schmutzigsten Wahlen« bezeichnete, die er je in seinem Leben beobachtet habe, ging als »die ersten freien Wahlen« der DDR in die Geschichte ein.

Doch was war ab 1990 passiert, dass Leipzig ins Zentrum einer politisch-ideologischen Trendwende rückte? Einen Leitfaden geben hierbei die Tagebuchnotizen von Horst Teltschik, Leiter der Abteilung Außen- und Sicherheitspolitik des Bonner Kabinetts und engster Berater Helmut Kohls. Hier beschreibt Teltschik den Wahlkampf des Bonner Kabinetts in der DDR. Dieser beginnt bereits im Januar 1990 mit außenpolitischen Fragen um die Oder-Neiße-Grenze und um die Gunst des sowjetischen Staatschefs Michail Gorbatschow. »Wenn Gorbatschow stürze, könne man alles – einschließlich der Wiedervereinigung – vergessen. Also gehe es darum, ihn zu unterstützen«, war laut Teltschik die Devise der Stunde, die Helmut Kohl bei François Mitterrand und dem Präsidenten der EG-Kommission Jacques Delors mit Erfolg einwarb.

Drei große Ziele waren nun für das Bonner Kabinett einzunehmen: mit geschicktem Vorgehen Gorbatschows Einwilligung für die deutsche Einheit zu erhalten, seinen Sturz in der Sowjetunion zu verhindern und den Wahlerfolg des Bonner Kabinetts in der DDR zu garantieren. Doch wie?

»Kohl ist sich darüber im Klaren, dass die Wahl am 6. Mai in der DDR praktisch schon eine Vor-Bundestagswahl sein und ihr Ergebnis erheblichen Einfluss auf die Bundestagswahl haben wird. Für die Wahlkämpfe in der DDR bietet sich der Slogan an: »Kanzler der Deutschen«, schreibt Teltschik. Dazu greift Kohl zur Taktik, »die Vertragsgemeinschaft mit der DDR noch vor den Wahlen am 6. Mai zu vereinbaren«. Die Modrow-Regierung in der DDR gerät in erheblichen Zugzwang und ordnet

am 29. Januar 1990 kurzfristig eine Vorverlegung der Wahlen vom 6. Mai auf den 18. März jenes Jahres an, um ihrem eigenen Reformprogramm noch vor dem Eingreifen des Bonner Kabinetts eine Chance zu geben. Dies allerdings befeuert lediglich die Anstrengungen der Bonner Regierung, den Wahlkampf in der DDR zielführend zu gestalten.

Für einen nun mit Hochdruck geführten Wahlkampf, der zum 18. März das von Kohl gewünschte Ergebnis vorweisen sollte, bedurfte es eines Bündnispartners in der DDR – und dieser war garantiert nicht die Modrow-Regierung. Unter der Schirmherrschaft des Bonner Kabinetts gründeten Helmut Kohl und CDU-Generalsekretär Volker Rühle am 5. Februar 1990 in West-Berlin das Wahlbündnis »Allianz für Deutschland«. Dieses Bündnis setzte sich aus Ost-CDU – die mit zwei in der Wendezeit emporkommenden Ost-Parteien, der Deutschen Sozialen Union (DSU) und dem Demokratischen Aufbruch (DA), aufgestockt wurde – und CDU-West zusammen. Zwei der Protagonisten waren in Leipzig aktiv: der Pfarrer Hans-Wilhelm Ebeling (DSU) und der Rechtsanwalt Wolfgang Schnur, aka IM Torsten, Vorsitzender des DA, dessen Gründungsparteitag am 16. Dezember 1989 in Leipzig stattgefunden hatte. Mit dieser Entourage »hat die CDU endlich ihren Partner in der DDR gefunden«, schreibt Teltschik am 5. Februar 1990, und offenbar auch eine politische Spielstätte in Sachsen – in Leipzig. Zwischen dem 5. Februar und dem 18. März liegen nur noch fünf Wochen Wahlkampf des Bonner Regierungskabinetts in der DDR.



Teilnehmer der DSU-Wahlkampfveranstaltung am 18. Februar 1990 vor der Oper in Leipzig. Die Losung des Abends war: »Freiheit statt Sozialismus«

MANEGE LEIPZIG

Kohl kündigte am 6. Februar in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion seine Absicht an, »mit der DDR unverzüglich in Verhandlung über eine Währungsunion und Wirtschaftsreform einzutreten«. Bereits am Abend des 7. Februar gab der Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl im Fernsehen die Erklärung zur Währungsunion in der DDR bekannt. »Er sprach von der Notwendigkeit, den Menschen in der DDR eine Perspektive zu vermitteln.« Zwar lehnte Pöhl (SPD) einen Wechselkurs von 1:1 strikt ab und warnte andernfalls vor »katastrophalen Zuständen« in der DDR, konnte sich gegen Kohl aber nicht durchsetzen. Am 6. Februar schrieb Teltschik: »Wenn wir nicht wollen, dass sie zur D-Mark kommen, muss die D-Mark zu den Menschen gehen.« Der Plan, die Währungsunion als Forderung des DDR-Volkes zu inszenieren, war bereits Strategie des Wahlkampfes des Bonner Kabinetts. Vor allem die Heldenstadt Leipzig wurde zur Manege für dessen Wahlkampf in der DDR. Am 12. Februar 1990 erschien dann Teltschiks Tagebuchnotiz erstmals als Losung auf der Leipziger Montagsdemo: »Kommt die D-Mark, bleiben wir. Kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!« Das Marketing der Übernahme wurde in Leipzig ab 1990 besonders gefeiert. Da war die eigentliche Revolution schon längst vorbei und deren Macher hatten sich von dem, was auf der Straße passierte, bereits abgewandt (s. *Kreuzer* 10/2019).

Das Spiel ist abgekartet. Ab jetzt dominiert folgende Erzählung: Erstens, die DDR bewegt sich direkt auf eine Zahlungsunfähigkeit zu, auf einen Staatsbankrott, einen Wirtschaftskollaps. Zweitens, die Regierung Modrow ist unfähig, Entscheidungen zu treffen. Drittens, die Massenfluchten müssen gestoppt werden, sonst ist das Land nicht mehr in der Lage, eine Wahl durchzuführen. Im Fazit: Bonn ist aufgefordert, Soforthilfe zu leisten. Zu dieser gehört die umgehende Einführung der D-Mark im Umtauschkurs 1:1 und gleichzeitig die Überführung der DDR in die Rechts- und Eigentumsform der BRD. Das Wahlprogramm der D-Mark zündete als Erlösungsversprechen, je mehr der Bevölkerung der Untergang der DDR suggeriert wurde.

Gleichzeitig weitgehend ignoriert wurden die Reformkämpfe der DDR-Regierung und des Zentralen Runden Tisches, wie auch die Demonstrationen in der gesamten Republik, die sich »Gegen Ausverkauf und Wiedervereinigung!« richteten und für den »Erhalt der Souveränität der DDR!« einstanden. So zum Beispiel die Demos am 19. Februar 1990 auf dem Berliner Platz der Akademie mit 50.000 Menschen, am 22. Februar mit 20.000 Menschen ebenfalls in Berlin oder am 25. Februar mit 50.000 Menschen im Berliner Lustgarten.

Die Menschen, die dort demonstrierten, waren keineswegs SED-Kader oder Stasi-Fans, sondern vielmehr Anhänger des Runden Tisches, an dem Vertreter der Oppositionsgruppen saßen – und der von der Regierung Modrow maßgeblich einbezogen wurde. Insgesamt nahm Modrow acht Vertreter des Runden Tisches als »Minister ohne Geschäftsbereich« in sein Kabinett auf. Tatsächlich hatte der Runde Tisch großen Einfluss auf das Regierungshandeln bis zur Volkskammerwahl 1990. Die so gebildete Regierung nannte sich »Regierung der Nationalen Verantwortung«.

Auch im Ausland plädierte man für eine unabhängige DDR in Europa. Der französische Präsident Mitterrand kam Ende 1989 in die DDR mit dem Plan, das Land als unabhängigen Staat direkt in die Europäische Gemeinschaft, später EU, zu führen.

Ab dem 20. Februar greift Helmut Kohl persönlich in den DDR-Wahlkampf ein. Seine Botschaft lautet vor jubelnden Menschen in Erfurt: »Gemeinsam mit den Menschen in der DDR würden wir hier in kurzer Zeit ein blühendes Land schaffen.« Den Erfurter Verbündeten erklärt Kohl: »Ich habe heute früh in einer dreistündigen Konferenz mit mehr als fünfzig der wichtigsten Repräsentanten der deutschen Wirtschaft aus der Bundesrepublik gesprochen. Wenn die Rahmenbedingungen gesetzt sind, wenn die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen getroffen sind, dann werden nicht nur Hunderte, sondern Tausende von investitionsbereiten Unternehmen aus der Bundesrepublik hierher kommen, und gemeinsam mit Ihnen werden wir hier in kurzer Zeit ein blühendes Land schaffen.«

Die Krönung des Wahlkampfes war dann am 15. März 1990 die Losung »Helmut, nimm uns an die Hand, zeig uns den Weg ins Wirtschaftswunderland«.

Der Spruch soll aus dem Konrad-Adenauer-Haus in Bonn stammen, wo Karl Schumacher, Leiter der Abteilung Organisation der West-CDU, den Wahlkampf in der DDR durchführte. »CDU-Landes- und Kreisverbände erhielten Partnerkreise im Osten, es wurden Autos, Büroeinrichtungen und Computer geliefert, aber auch Transparenze mit vorgefertigten Losungen«, berichtet der Politologe Erhard Crome in der Zweiwochenschrift *Das Blättchen*. Schumacher managte auch den großen Aufmarsch von 320.000 Menschen am 15. März in der Leipziger Manege für die deutsche Einheit. Das war drei Tage vor der Volkskammerwahl am 18. März, quasi der Abschluss der CDU-Wahlkampagne.

Die Wahlen waren nicht nur schmutzig, sie waren völkerrechtswidrig, denn die Bundesregierung machte harten Wahlkampf in der DDR, auf einem fremden Staatsterritorium, ohne dass die damalige Regierung der DDR einem Wahlkampf

der BRD in der DDR zugestimmt hätte. Es handelte sich schlicht um einen *Regime Change* in einem anderen Staat, der mit Werbung und Propaganda des Bonner Kabinetts lanciert wurde. »Insgesamt wurden rund 40 Millionen DM für den parteipolitischen Werbefeldzug in der DDR verausgabt«, schreibt der Publizist Michael Schneider. Andere Quellen sprechen von 20 Millionen DM Wahlkampfmittel des Bonner Kabinetts. Am Zukunftshorizont winkte dem DDR-Volk die Deutsche Mark. Seit 1990 streiten sich die Deutungsmächte um das »Volk« und die Völkerrechte. Demnach ist bis heute für die BRD das Wahlergebnis vom 18. März eine vom DDR-Volk herbeigerufene Entscheidung, die zwangsläufig zur Löschung des DDR-Staates führte. Aus anderer Sicht sind die Gründung eines Wahlbündnisses (Allianz für Deutschland) zur Stärkung eines Wahlkampfes im Ausland wie auch die Durchführung eines organisierten Wahlkampfes in einem anderen Land völkerrechtswidrig.

SCHOCKSTRATEGIE

Die Bonner Politiker planten den »Aufbau Ost«, das größte Investment-Projekt seit dem Wirtschaftswunder. Eine Währungsunion 1:1 und ein Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes sollten für diese »Einheit« die Bedingung sein. Der Sieg der Allianz für Deutschland mit 48 Prozent am 18. März 1990 bedeutete den definitiven Durchbruch für die Kohl-Regierung in der DDR-Volkskammer. »Die Wahlen zum 18. März 1990 waren mit allen Mitteln westdeutscher Propaganda und Werbemittel geführt worden«, resümiert Jens Reich, Mitglied des Neuen Forums und späterer Bundespräsidentenskandidat. Die Mehrheit der Bevölkerung entschied sich für die schnelle Einheit, die D-Mark, den Anschluss.

Von der aus Bonn administrierten »ersten frei gewählten« DDR-Regierung wurde kein einziger Reformentwurf der vorherigen Regierung von Modrow und dem Runden Tisch angenommen. Die demokratische Reform in der DDR war damit ein für alle Mal erledigt. Was dann folgte, war eine Wiederauflage deutscher Großraumpolitik und der Beginn der EU-Osterweiterung.

Mit der Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 wurde die Wirtschaft der DDR praktisch insolvent und die Treuhandanstalt nahm ihren Betrieb als Vollstreckerin und Liquidatorin auf.

Das offizielle Argument für die Währungsunion waren die Massenfluchten aus der DDR in die BRD. Inoffiziell allerdings war es die sofortige Insolvenzsetzung der DDR-Wirtschaft als Vorbedingung für ihre Liquidation durch die Treuhand und als Vorbedingung für eine immense Bereicherung der Konzerne im



(1) Markttag in Leipzig, Frühjahr 1990
(2) DSU-Wahlkampfveranstaltung am Karl-Marx-Platz in Leipzig, 18. Februar 1990
(3) 1:1-Umtauschdemo am Karl-Marx-Platz in Leipzig, 5. April 1990





(1/2) DSU-Wahlkampfveranstaltung am Karl-Marx-Platz in Leipzig, 18. Februar 1990



Westen. Der Osten wurde marktbereinigt und zur verlängerten Werkbank des Westens.

Es ist wenig wahrscheinlich, dass die flüchtende Masse der DDR-Bevölkerung der tatsächliche Grund für eine Währungsunion war. Im Jahr 1989 verlassen etwa 340.000 Menschen die DDR, im Jahr 1990 sind es bis zur Währungsunion am 1. Juli 1990 nach Angaben des Statistischen Bevölkerungsamtes etwa 200.000. Diese Zahlen sind stets im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung zu sehen, die im Jahr 1988 bei 16,4 Millionen lag.

Vor allem aber: Entgegen der Prognose der Bundesregierung, mit der Einführung der D-Mark im 1:1-Wechselkurs den Ausreisestrom stoppen zu können, blieb dieser bis etwa 1994 konstant. In den folgenden vier Jahren (1990–1994) verließen weitere 1,4 Millionen Bürger ihre ostdeutschen Herkunftsländer. Jedoch nicht aufgrund ideologischer Konflikte mit dem »SED-Regime«, sondern aufgrund der radikalen Zerschlagung der arbeitssoziologischen Infrastruktur und der Perspektivlosigkeit in den bisherigen Erwerbsgebieten und Lebensräumen.

Auch das Amt für Statistik und Wahlen der Stadtverwaltung Leipzig bestätigt für das Jahr 1991 größere Massenabwanderungen und Bevölkerungseinbrüche als 1989 und 1990. Auch hier, in der Manege des Bonner Wahlkampfes, hatte der Einzug der D-Mark den Abwanderungsstrom nicht gestoppt, sondern befördert. Aus dem Bericht geht hervor, »dass 1990 17.000 Leipziger zumeist in die alten Bundesländer ausgereist sind, während 1989 die Zahl 15.000 betrug. Die Stadt kann mit Stand 31.12.1990 nur noch 511.054 Bürger Leipziger nennen. Dazu kommt, dass 1990 rund 1.000 Babys weniger geboren wurden als ein Jahr zuvor.«

Tatsächlich profitierte die Wirtschaft auf dem Gebiet der alten BRD nachhaltig von dem Flüchtlingsstrom. In der BRD ging in den achtziger Jahren die Quote der erwerbstätigen ausländischen Bevölkerung stark zurück. Mit der »Wiedervereinigung« Anfang der neunziger Jahre war die Zuwanderung wieder angestiegen. Die Ostdeutschen wurden die neuen Lückenfüller für die zurückgegangene ausländische Erwerbstätigenquote. Sie waren im Westen auf den Arbeitsmärkten willkommen, weil sie den Billiglohnsektor West ankurbelten, während der Osten systematisch ausblutete. Seit 2017 etwa gibt es auch hier eine Trendwende, was in vielen Altbundesländern eher missbilligend zur Kenntnis genommen wird: Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, sah schon ein paar Jahre früher große Probleme auf die West-Länder zukommen. »Die Westdeutschen müssen sich etwas einfallen lassen«, sagte er 2012 der Wochenzeitung

Die Zeit. Es kämen immer weniger Ostdeutsche in die alten Länder zum Arbeiten. »Bayern vermisst schon heute schmerzlich junge Auszubildende aus Thüringen«, berichtete Weise. Und ergänzte, nun, da der Strom von Arbeitskräften aus Ostdeutschland nachgelassen habe, müssten Firmen im Westen um Menschen etwa aus Polen, Tschechien, Italien, Spanien oder Griechenland werben.

Bis 2017 verließen fast vier Millionen Menschen ihre ostdeutschen Herkunftsgebiete, fand *Die Zeit* im letzten Jahr heraus. Weder die zwischen 1989 und 1994 ausgereisten zwei Millionen noch die zwischen 1990 und 2010 abgewanderten vier Millionen Menschen aus DDR und Neuländern waren jemals eine Überforderung für die BRD, gemessen an den Zahlen der Gastarbeiter und Migranten zwischen 1955 und 1973 in etwa gleicher Höhe.

Das Argument der sofortigen Währungsunion zur Verhinderung weiterer Flüchtlingsströme ist daher obsolet. Das Gegenteil war der Fall. Die 1:1-Währungsumstellung entsprach einer ökonomischen Schockstrategie, die neue Flüchtlinge und somit neues Humankapital für die Arbeitsmärkte und Billiglohnsektoren im Westen erst generierte.

Die Währungsumstellung 1:1 war die sofortige Totalentwertung einer Regionalwährung und garantierte den Zusammenbruch eines regionalen Wirtschaftssystems. Die Treuhandbehörde der Bundesregierung legte anschließend die bisherige arbeitssoziologische Infrastruktur lahm und überführte etwa 14.000 Betriebe in die Insolvenz. Massenarbeitsplatzvernichtung, Massenarbeitslosigkeit im Osten sowie ein nahezu kompletter Austausch des leitenden Personals in Kultur, Wissenschaft, Medien, Wirtschaft und Politik mit Westpersonal waren die Konsequenzen.

KRIEGSÄHNLICHE FOLGEN

Arbeitslosigkeit und Abwanderung hinterließen Bevölkerungseinbrüche und einen irreversiblen Bevölkerungsniedergang in den Regionen der ehemaligen DDR. Hinzu kamen die Verluste durch Übersterblichkeit und Geburtenchock, die laut Zahlen des Ostbeauftragten der Bundesregierung für die Jahre zwischen 1990 und 1994 bei etwa einer Million Menschen liegen.

Die Übersterblichkeit in der Betroffenenengruppe »ostdeutscher Mann im Erwerbsalter« war zwar rückläufig, stagniert aber seit 2000 und ist »noch immer fast doppelt so hoch wie unter westdeutschen Männern und mehr als dreimal so hoch wie unter ostdeutschen Frauen«, berichtet der Wirtschaftswissenschaftler Marcel Fratzscher in der *Zeit* vom 1. März 2019. »Bei der Lebenserwartung ist der Ost-Mann auf

Albanien-Niveau«, schrieb der Journalist Olaf Gersemann 2018 in der *Welt*.

Verrechnet man die Abwanderung von vier Millionen Menschen bis 2017 mit den Verlusten durch Übersterblichkeit und Geburtenchock von etwa einer Million und den zwei Millionen Zuzügen aus der BRD, beträgt der vereinigungsbedingte Gesamtverlust an Bevölkerung im Osten etwa drei Millionen Menschen. Von denen, die blieben, wurde jeder Zweite arbeitslos.

Heute zählt die Bevölkerung in Ostdeutschland etwa 12,5 Millionen Menschen – von einstmalig 16,4 Millionen. Eine nach wie vor anhaltende Landflucht zeigt keine Rückläufigkeit, wie die Dresdner Ifo-Forscher Felix Rösel und Timo Weishaupt jüngst berichteten. Auch das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig bestätigt eine anhaltende Verödung der ostdeutschen Regionen einschließlich derer in Sachsen. Im europäischen Vergleich, so die IfL-Wissenschaftler Tim Leibert und Sebastian Lentz, stünden die ostdeutschen Regionen bald nicht mehr den entvölkerten Regionen in Osteuropa nach.

Nachdem andernorts schon ab Anfang 1990 Demonstrationen gegen einen Anschluss der DDR an die BRD, gegen den Ausverkauf der DDR, gegen Arbeitsplatzvernichtung und tariffreie Arbeit, gegen Vertreibung und Verarmung begannen, hatte Leipzig sein Erwachen etwa ein Jahr später. Ein Blick auf das Wiederaufleben der Leipziger Montagsdemos ab 1991 macht deutlich, dass Leipzigs Aufwachen in der Marktwirtschaft bitter war und in einer Dimension stattfand wie schon 1989. Statt »Gott schütze Helmut Kohl – den Kanzler der deutschen Wiedervereinigung«, »Freiheit und Wohlstand für Alle!«, »Nie wieder Sozialismus«, »Deutschland, einig Vaterland« dominieren nun Losungen wie »Vom Arbeitervolk zum Volk ohne Arbeit«, »Sanieren statt Planieren«, »Von der SED beschissen – von der CDU verkoht«, »Kein Vertrauen in West-Politiker!«, »Keinem Bürger wird es schlechter gehen als bisher. Im Gegenteil!« oder »In der Scheiße standen wir schon immer, nur die Tiefe der Scheiße ändert sich ständig«.

Das Ausmaß des Treuhand-Feldzuges schlug ab 1991 auch in Leipzig ein wie eine unsichtbare Bombe. Mindestens 185 volkseigene Betriebe wurden allein im Stadtgebiet Leipzig liquidiert. Belegschaften der großen Industriekombinate in und um Leipzig herum sowie die von Bahn, Post, Hörfunk, Fernsehen, Krankenhäusern und Ambulanzen, Hochschulen und Universitäten, Verlagen und vielen mehr waren betroffen – eine Zweidrittel-Mehrheit der Erwerbsbevölkerung. Protest und Widerstand auf den erneut aufflammenden Montagsdemos wurden von vielen Medien ignoriert und von der Bundesregierung stillschweigend übergangen.



(1) DSU-Wahlkampfveranstaltung am Karl-Marx-Platz in Leipzig, 18. Februar 1990
(2) 1:1-Umtauschdemo am Karl-Marx-Platz in Leipzig, 5. April 1990



Bis Ende 1994 vernichtete die Treuhand-Politik etwa 4,5 Millionen Arbeitsplätze in den Neuländern. Das bedeutete für die DDR-Erwerbsbevölkerung ihre sofortige »Freisetzung« oder ihre Verschiebung in Kurzarbeit, tariffreie Arbeit und Umschulung. Ab Ende 1991 öffnete sich eine asymptotische Entwicklung: Bisherige Kurzarbeiter wurden arbeitslos, so dass das Lager der Arbeitslosen stetig zunahm und die Chance, als Kurzarbeiter wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt einzusteigen, gegen null verlief. Vor allem erhöhte sich die Frauenarbeitslosigkeit rapide und war bereits ab Anfang 1991 wesentlich höher als die der Männer, da Männer zunächst häufiger in Kurzarbeit beschäftigt wurden. Noch drastischer entwickelten sich die Perspektiven für in der DDR geschiedene und alleinerziehende Frauen. Oder von jungen Frauen geschiedener, alleinerziehender Mütter. Während Frauen in der DDR noch verfassungsgebundene Gleichheitschancen auf Studium oder Karriere hatten, registerte ab 1990 wieder das Privileg der bürgerlichen Herkunft. Bevorzugte Karrierevoraussetzung war nun: westdeutsch mit Eltern in deutschen Industrie-, Wissenschafts- oder Wirtschaftseliten. Das traf selbstverständlich auch für die Karrierechancen von zum damaligen Zeitpunkt jungen Frauen in Leipzig zu. Dies führte zu einem sogenannten Geburtenschok. Zunehmende Perspektivlosigkeit für Frauen in ihren Herkunftsgebieten ließ sie in den Westen abwandern und führte gleichzeitig zu einer Unterbrechung der Familienplanung. In den Jahren zwischen 1990 und 1994 fanden im Osten überproportional viele Abtreibungen statt.

Die ökonomische Schockstrategie hatte kriegsähnliche Folgen, stellte der Sozialwissenschaftler Wolfgang Zapf, Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, schon kurz nach der Wende fest. Er schrieb: »Nur aus Kriegsjahren kennen wir ähnliche Einbrüche wie in der DDR. Es handelt sich um einen schweren Stimmungseinbruch im Gefolge einer schweren Umstellungskrise.« Zapf stellte diese Bilanz 1992 auf, noch zwei Jahre bevor der Geburtenschok in den Neuländern seinen absoluten Höhepunkt erreichte.

TOD AUS VERZWEIFLUNG

Wer seine Eltern zwischen 1990 und 1994 fallen sah, zwischen 11 und 15 Jahre alt war, der wurde sehr plötzlich erwachsen. Für viele dieser Kinder und Jugendlichen, sozusagen über Nacht ganz auf sich gestellt, war der Weg nicht weit zum Faustrecht der Straße, zur Verführung durch Nazi-Produkte, zum schnellen Geld aus Waffen- und Drogendeals, zu Porno, Drogen, Party und Exzess. Ein Gemisch, aus dem nicht unbedingt alle wieder zurückkehrten. Für

Jugendliche aus dem Osten waren die neunziger Jahre die krassesten Jahre. Man nennt sie »Wendekinder« und sie werden auf etwa 2,5 Millionen geschätzt. Die Wendekinder lernen das Doppelleben – die Anpassung an den Westen und den eigenen Absturz in einer bisher ungekannten Desorientierung. Belastet vom Drama der Eltern, bestehend aus Arbeitslosigkeit, ständiger Angst, Überforderung, Depression oder auch Resignation, gekoppelt an plötzliche Krankheiten, Unfälle oder Alkoholismus, gingen viele schon früh ihrer Wege.

Man sagt, dass es die Wendekinder waren, die in den Westen zogen, um dort zu studieren, zu arbeiten, zu reisen – um dem gesellschaftlichen Zusammenbruch und Niedergang im Osten zu entfliehen. Als vereinigungsbedingte Folgen gelten Traumatisierungen mit Komorbidität, Traumafolgeerkrankungen, erhöhter Substanzkonsum, erhöhte Mortalität vor allem aufgrund koronarer Herzerkrankungen und Intoxikationen durch psychoaktiven und illegalen Drogenkonsum. Und zwar bis heute. Eine Studie des »European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction« erforschte den Drogenkonsum von Einwohnern mittels Abwasseranalysen. Im Vergleich von 60 Städten wurden 2017 in Chemnitz die größten Rückstände von Methamphetamin im Abwasser gefunden. Chemnitz hat entsprechend dieser Studie beim Konsum der synthetischen Droge Crystal Meth eine führende Position in Europa. Für Deutschland folgen Erfurt und Dresden auf Platz zwei und drei, das Leipziger Abwasser wurde in der Studie nicht untersucht. »Crystal Meth ist ein Gemisch aus Ephedrin, Abflussreiniger und Battersäure. Eine Droge ohne Anspruch, härter und billiger als Kokain, und damit passend für den Osten Deutschlands«, steht im Klappentext des Romans »Zone C« des Leipziger Autors Sebastian Caspar, der darin seine eigene überwundene Drogensucht verarbeitet.

Gerade die vereinigungsbedingten Traumatisierungen haben zu einem rapiden Anstieg von Substanzkonsum sowie zum Anstieg von biologischen und psychosozialen Risikofaktoren im Osten geführt, wie repräsentative Erhebungen bestätigen. Bisher wurde eine Erforschung des Substanzkonsums gerade bei Jugendlichen und Kindern, den sogenannten »Wendekindern«, nicht für nötig erachtet. Eine Suchtforschung für die neuen Bundesländer bleibt bis heute unterrepräsentiert, wie der aktuelle Bericht der Bundesregierung zeigt. Dies verhindert ebenso eine genauere Ursachenerfassung für die Übersterblichkeit von ostdeutschen Männern im Erwerbsalter im Vergleich zu Männern in den alten Bundesländern. Durch die Eliminierung einer Epidemiologie und Toxikologie des Suchtkonsums wird in den Neuländern eine repräsentative

Erhebung von verdeckten Suiziden verhindert. Meist wurden als Todesursachen Herzinfarkt, Intoxikation oder Sturz (Unfall) angegeben, ohne dass die vereinigungsbedingten Zusammenhänge, die zu »Toden aus Verzweiflung« (*Deaths of Despair*) führen, von Politik und Gesellschaft thematisiert worden wären. Dazu gehören: Selbstmord, Tod durch Überdosis oder durch alkoholbedingte Leberschäden – »schleichende Selbstmorde« nennt man diese Phänomene umgangssprachlich. Noch 2015 war die Rate der *Deaths of Despair* bei ostdeutschen Männern fast doppelt so hoch wie bei westdeutschen Männern, wie eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung berichtet. Wenigstens gleichen sich die Zahlen langsam an: In den neunziger Jahren lag der Faktor sogar deutlich höher.

KULTURKONFLIKT

Es gilt als bestätigt, dass gerade prekäre Arbeit hohe Frustration erzeugt. Im Osten wird mehr gearbeitet, oft tariffrei und für weniger Geld – im Vergleich zu Arbeitnehmern im Westen. Aufstiegschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt blieben oft verschlossen, viele mussten trotz Qualifikation prekärer Arbeit nachgehen, die kein (Alters-)Auskommen garantierte. Selbst wer nach Tarif bezahlt wurde, erhielt in der Regel nur etwa 70 Prozent des Westlohns. Zudem war in Ostdeutschland eine gewisse Vermögensbildung in den neunziger Jahren kaum möglich – anders als in anderen Ländern der einstigen RGW-Staaten, wo beispielsweise öffentlich verwaltete Wohnungen den Mietern sehr günstig verkauft wurden. In der Ex-DDR jedoch wurde der sukzessive Armutabstieg für die Mehrheit der zwischen 1945 und 1975 Geborenen irreparabel. Schließlich folgte mit den Hartz-Gesetzen ihre Abschiebung in eine Armutskonkurrenz mit den Armen der Abstiegsgesellschaft West. Diese Tatbestände verweisen auf einen institutionalisierten Kulturkonflikt zwischen einer nach BRD-Maßstäben ausgestalteten Dominanzkultur in den Neuländern und der Subordination der einstigen DDR-Bevölkerung zur Minderheitenbevölkerung. Das öffentliche Schweigen darüber verschärft die soziale Lage und wird durch neuere Kultur- und Migrationskonflikte überdeckt. Auch werden die vereinigungsbedingten soziologischen Probleme durch den steigenden Zugang von Menschen aus dem Westen nicht nur im Stadtbild zurückgedrängt.

Die Problematik, dass DDR-sozialisierte Menschen in der Jahrgangskohorte 1945 bis 1975 Geborener über ihre materiellen Verluste hinweg mit struktureller Diskriminierung konfrontiert wurden, lässt viele verbittern. Der Berliner Neurologe,

Psychiater und Psychotherapeut Christoph Seidler bezeichnet diesen Vorgang in seinem Buch »Traumatisierungen in (Ost-) Deutschland« als »nachträgliche Ethnisierung«. Die Folge davon ist beispielsweise eine Säuberung des öffentlichen Raumes von den erinnerungskulturellen Spuren der Ethnie »DDR-Bürger«.

WELCHE ZUKUNFT?

Der soziologische und sozialpsychologische Begriff der Intergenerativität stellt sich beharrlich quer zu den Äußerungen von Politikern und Historikern, die meinen, dass sich Traumata und Konflikte mit den nächsten Generationen verwachsen würden.

Die Nachwendegeneration, die ab 1990 Geborenen, trägt die Erfahrungen ihrer Eltern und Großeltern, sofern diese die Umbrüche der »Wiedervereinigung« traumatisch erlebten, als unverarbeitetes Trauma weiter – und oftmals auch die medizinischen und sozialen Symptome. Wenn die psychosozialen Folgen der Kulturkatastrophe von 1990 bis 1994 kriegsähnlich waren, dann werden sich diese Folgen auch nicht »verwachsen«. Eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung von 2019 zeigt, dass sich ein deutlicher Ost-West-Konflikt gerade unter den jüngeren Ostdeutschen manifestiert hat. Wenn vereinigungsbedingtes Trauma keine Anerkennung und Thematisierung findet, wird es sich intergenerativ wiederholen und den Kulturkonflikt Ost-West weiter zementieren. Helfen könnte eine Offenlegung durch öffentliche Debatten, durch Entscheidungen in der politischen Bildung, durch Entschädigung und Wiedergutmachung von vereinigungsbedingtem Unrecht, auch durch rückwirkende Überprüfung von Stadtpolitik und kommunalen Entscheidungen durch basisdemokratische Volksentscheide.

Die seit 2000 stagnierende höhere Mortalitätsrate unter ostdeutschen Männern im Erwerbsalter, der prosperierende Substanzkonsum unter ostdeutschen Jugendlichen, die hohe Zahl an weichen Suiziden in den Neuländern, auch in Leipzig, die höhere Sterberate unter Ostdeutschen durch koronare Herzkrankheit oder schnell wachsende bösartige Tumore sollten Alarmsignale genug sein. Die sächsische SPD-Politikerin Petra Köpping hat dieses Phänomen sehr deutlich in ihrer Streitschrift »Integriert doch erst mal uns!« hervorgebracht. Liberalisierungen dürfen nicht auf Kosten ansässiger sozialer Felder stattfinden, also durch ihre Verwerfungen sozusagen. Köpping ist angetreten, um Ungleichbehandlung im Osten abzubauen. Alleine wird ihr das nicht gelingen, wenn die Investoren der Einheit nicht auch eine an-dere Perspektive auf die systematischen

Verwerfungen einer hemmungslosen Investmentwirtschaft einnehmen – und schließlich, wenn Stadtpolitiker nicht ihren Kurs ändern.

Der in Dresden geborene Schriftsteller Ingo Schulze überschrieb seinen berühmten kapitalismuskritischen Essay mit »Kapitalismus braucht keine Demokratie«. Das ist insofern korrekturwürdig, als der Kapitalismus in seinen neoliberalen Markenbewegungen »das Volk« vor seinen Karren spannt und es laufen lässt für »Wohlstand und Freiheit für Alle!«, wie in Leipzig 1990.

Der MDR betreibt seit diesem Jahr den Programm-Schwerpunkt »Die Treuhand«. Eine letzte Recherche heißt: »DDR-Volkseigentum mehr wert als bislang angenommen«. Das Volkseigentum, das sich aus Produktivvermögen und Finanzvermögen wie Rücklagen oder Vermögen der Organisationen, von Post, Bahn sowie Immobilien- und Grundstückvermögen zusammensetzt, wird auf einen vierstelligen Milliardenbetrag geschätzt.

Der MDR leistet mit seiner Treuhand-Reihe Pionierarbeit, und das, obwohl er ein Westsender ist. Nach 30 Jahren sollte endlich mit verfassungsrechtlicher, völkerrechtlicher, menschenrechtlicher, wirtschaftsrechtlicher, gesellschaftsrechtlicher Genauigkeit auf den Tisch kommen, was wirklich geschah. Der Beutezug Ost, der im Windschatten der mutigen Bürger von Leipzig seinen Lauf nahm, hat zum Ausverkauf der Stadt und zur Abschiebung der vielen geführt, die 1990 für »Wohlstand und Freiheit für Alle!« in die Manege zogen.

Yana Milev wurde 1964 in Leipzig geboren und ist habilitierte Soziologin der Universität St. Gallen. 2017 gründete sie die Firma Agio – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung. Sie ist Initiatorin und Leiterin des Forschungsprojektes »Entkoppelte Gesellschaft. Liberalisierung und Widerstand in Ostdeutschland seit 1989/90. Ein soziologisches Laboratorium«. Zuletzt erschien von ihr »Das Treuhand-Trauma. Die Spätfolgen der Übernahme« im Verlag Das Neue Berlin.

Andreas Rost wurde 1966 in Weimar geboren. Er studierte Fotografie an der Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig, 1989 war Rost Mitglied des Runden Tisches Leipzig. 2019 erschien das preisgekrönte Buch »Das Jahr 1990 freilegen« von Spector Books Leipzig mit Fotos u. a. von Andreas Rost. Am 2. Oktober eröffnet im Kupferstich-Kabinett Dresden die Ausstellung »Andreas Rost. Wiedervereinigung«, zu der ein Begleitband »3. Oktober 90« im Wasmuth-Verlag erschien.



(1) Plakate in Leipzig, März 1990